

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis:** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon. Sammelnummer 72208. — **Verkaufsstelle Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inseratenpreis:** Die 10erzeile, Kolonelle 85 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg.  
Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorkauf 50 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Der Beschluß des Wiener Parteitag

### „Auf dem Boden der Demokratie“

SPD Wien, 1. November.

Am Dienstagmorgen wurde der Parteitag der Sozialdemokratischen Deutschlands geschlossen. Voraus ging am Vormittag die Erledigung einer ganzen Reihe von Anträgen. Einer davon betraf das sogenannte Komitee zur Förderung der internationalen Gewerkschaftseinheit eine kommunistische Kommissar ist, die in Wirklichkeit der Spaltung der Arbeiterbewegung dient. Daher sei die Zugehörigkeit zu diesem Komitee und die Teilnahme an den von diesem Komitee organisierten Kundstößen mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar. An den Beratungen über diesen Antrag nahm u. a. auch ein der Partei angehöriges Mitglied dieses Komitees teil, das in einer sehr langen Erklärung vollstetiger Angriffe gegen die Partei die Kundstöße und das Zusammengehen mit den Kommunisten zu verteidigen suchte. Dies erregte heftigen Widerspruch. Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Am Nachmittag wurde zunächst der bisherige Parteivorstand wiedergewählt. Anschließend erstattete Bürgermeister Seif den Bericht der Resolutionskommission, die sich u. a. mit dem Koalitions-

problem zu befassen hatte. In der von dieser Kommission einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a.:

„Die Sozialdemokratie hat in der Zeit des Umsturzes und auch in späteren Zeiten, als in anderen Staaten immer wieder Blut in Strömen floß, Deutschland vor dem Bürgerkrieg bewahrt. Die Partei der Bourgeoisie treibt unter der Führung des Reichstages eine Politik, welche die Gegensätze in solchem Maße verschärft, daß der notwendige wirtschaftliche und politische Kampf schließlich im Bürgerkrieg zu enden droht. Die Sozialdemokratie hat im Linzer Programm anerkannt, daß unter bestimmten gesellschaftlichen Voraussetzungen die Kooperation der Klassen, sei es in der Form einer Koalitionsregierung oder in anderer Form, vorübergehend sein kann. Aber solange die bürgerlichen Parteien dabei bleiben, die Sozialdemokratie zu nullifizieren, ist keine Koalition möglich. Der Parteitag stellt fest, daß das Regierungssystem Seipel nicht nur unvereinbar ist mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch die ungehörte demokratische Entwicklung der Republik gefährdet. Alle, die den Bürgerkrieg verhüten und die Sicherheit herstellen wollen, daß die in der kapitalistischen Gesellschaft unermesslichen Klassenkämpfe nicht in Katastrophen enden, sondern als geistige Kämpfe auf dem Boden der Demokratie geführt werden, fordert die Partei auf, gemeinsam mit der Arbeiterklasse das Regierungssystem des Bürgerkriegs zu bekämpfen.“

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Damit hatte der Parteitag sein Ende erreicht.

## Faschistisches Neujahr

Von der italienischen Grenze wird uns geschrieben:

Italien ist in das sechste Jahr seiner neuen Ära eingetreten. Man hat die Feier dieses Ereignisses auf den Sonntag verlegt, damit kein Arbeitstag verloren gehe und hat damit den Unternehmern einen Gefallen getan, die sonst all den Arbeitern, die der faschistischen Miliz angehören, ein Drittel ihres Lohnes auszahlen müßten. Es soll ein großes Fest werden, das sich — nur durch Allerheiligen und Allerleien unterbrochen — bis zum nächsten Sonntag hinzieht, wo dann mit dem Siegesfest die Saturnalien ein Ende haben sollen. (Ob wegen des schweren Eisenbahnunglückes auf der Linie Bari—Vocorotondo alle Jubiläumsfeierlichkeiten abgebrochen wurden oder nur eine vorläufige Unterbrechung erfolgte, ist aus den vorliegenden knappen Meldungen nicht zu ersehen. Red. d. VZ.) Eigentlich fällt auf den 30. Oktober auch ein hohes Kirchenfest neuester Prägung: das Fest des Königtums Christi, aber das verschwindet jetzt ein wenig vor dem Kaisertum Mussolinis.

Faschismus und Vatikan tun sehr lieb miteinander. Der Vatikan freut es, daß so zeitweilige Maßnahmen, wie das Segnen des Saatforns, durch den Faschismus wieder in Schwung gebracht werden, ebenso wie die Verteilung von Medaillen unter den Kindern der Volksschulen Roms, die sich in der Religion ausgezeichnet haben. Es freut ihn, daß in den Programmen die Religion als die „Grundlage und Krönung“ des Unterrichts bezeichnet wird, und so läßt er es sich gefallen, wenn wir, statt nach Christi Geburt, das Jahr nach Mussolinis Besitzergreifung rechnen. Darin ist der Vatikan durchausamer als die Regierung, die schon manchem ihrer Beamten einen Strich davor gereicht hat, weil er in offiziellen Schriftstücken die faschistische Zeitrechnung verkehren hatte.

Die obligate Orgie wird einen militärischen Charakter haben, mit einer kleinen Beigabe von Ballonmilitärentum. Man denkt sich nur, wie erhehend es sein wird, wenn die vor Mussolini aufgestauten Schwarzhemden auf ein Kommando hin ihre schwarzen Mützen ergreifen, auf die Bajonette spielen und in der Luft herumschwimmen, was als urwüchsige Äußerung ihrer Ergebenheit im offiziellen Programm genau vorgesehen ist. Neu ist, daß diesmal auch die wirklichen Soldaten gezwungen sind, an der Parade teilzunehmen. Das ganze soll Nachtentfaltung sein: eine geballte Faust für Inland und Ausland. Außer dem werden an dem Tage alle öffentlichen Arbeiten eingeweiht werden, die im Laufe des Jahres vollendet wurden und die natürlich ausschließlich faschistisches Verdienst sind, wenn sie auch unter den vorigen Regierungen angefangen und entworfen wurden. Manches prangt auf der Liste als faschistische Leistung, was längst vor dem „Jahre 1“ faschistischer Zeitrechnung fix und fertig war, aber von den heutigen Nachhabern neuen Zwenes geführt wird, so z. B. ein aus privaten Mitteln erstandenes Altersheim, das als vom Regime errichtetes Schulgebäude eingeweiht werden wird.

Da aber Reklame nicht nur die Seele des Geschäfts, sondern auch der Politik ist, gehören zur rechten Feier auch die guten Zeugnisse aus dem Ausland. Darin ist der Faschismus rührend bescheiden. Die Freude über Bernhard Shaws von seines Sachkenntnis getriebenen Urteil läßt sich noch verstehen; Shaw bleibt trotz des Urteils ein berühmter Mann. Seit nun aber ein englischer Abgeordneter, Leo Mowen, festgestellt hat, daß man in Italien in größerer Freiheit lebt als in England, ist er auf einmal ein berühmter Volkswirt geworden und ein gewisser Leopoldo Lugano wird von einem Mailänder Blatt zum „größten Dichter der Latinität“ befördert, weil er in einer sehr unglücklich gewählten, geschichtlichen Analogie den Faschismus mit dem römischen Reich vergleicht, das gleichzeitig von den Barbaren und von Christentum bedrängt wird. Dieser größte Dichter der Latinität feiert die Hinrichtung Saccos und Vanzettis als einen Triumph des faschistischen Geistes.

Wahrscheinlich haben die Redakteure des Mailänder Blattes über diese Gedankenblüte hinweggesehen, denn der heutige Salonfähige Faschismus liebt so offene Worte nicht mehr. Und doch gibt der Faschismus auf keinem andern Gebiet einen solchen Beweis seiner materiellen Macht und seiner ethischen Hinfälligkeit — einen so wahrheitsgemäßen Ausdruck dessen, was er ist — wie auf dem der Rechtspflege. Man vergewaltigt sich die Arbeit des Spezialgerichts im „5. Jahre“ der neuen Ära. Da hat man verurteilt, auf die bloße Anklage der Anzeiger hin, zu Zuchthausstrafen von fünf und zehn Jahren und darüber, wegen Verstoßens gegen die Sicherheit des Staats, wegen Verführung, wegen Mussolinibehuldigung. Und zum Begriff der Verführung genügt der Wille, eine aufgelöste Partei wiederherzustellen; es war nicht einmal nötig, daß die Verführer einander sahen. Ja, es ist dem Spezialgericht wie auch andern Gerichten wiederholt passiert, die Konföderation der Arbeit als eine aufgelöste Partei zu betrachten, obwohl diese Gewerkschaftszentrale nie aufgelöst worden ist. Und so hat es Zuchthaus gegeben für Leute, bei denen man die Mitgliedsliste dieser Organisation für das Jahr 1926 fand, in welchem Jahre die Konföderation tatsächlich und rechtlich bestand. Tatsächlich, bis man ihr Bureau verwüstete und ausraubte, rechtlich bis zum heutigen

## Die Kriegsschuldscheide Dr. Marx

### „Reiz schon Wahlkampf“

So fragt die Deutsche Tageszeitung in einem Leitartikel, der zur Offenbarung des Reichsanwalts Stellung nimmt. Die rheinische Leistung des Herrn Dr. Marx hat im internationalen Pressewald ein höchst eigenartiges Echo gehabt. Erstens um ihrer innerpolitischen Wirkung willen, dann aber wegen dem, was Dr. Marx zur Kriegsschuldfrage sagte. Die Deutsche Tageszeitung spricht zunächst ganz allgemein ein offenes Wort über Ministerreden. Sie fordert Rationalisierungsmaßnahmen auch auf diesem Gebiete, wobei wohl die rednerischen Hufentritte des welland Justizministers Dr. Bergt, wie auch der anderen schwarzweißroten Vertreter im Kabinett gemeint sein sollen. Hier wird jedes Rationalisierungsbestreben rettungslos versagen, wenn nicht die Deutschnationalen das einzige Attribut im Wahlkampf preisgeben können.

Das Vandalenbrotgerat vertritt die realpolitischen Kreise unter den Deutschnationalen, die das ernsteste Bestreben haben, koste es, was es wolle, in der Regierung zu verbleiben. Es sucht daher der Parole des Kanzlers, daß das Zentrum bei den Wahlen keine Bindung eingehen werde, eine bürgerlich-freundliche Deutung beizulegen. Es erklärt, daß die Rede vielleicht etwas zu stark dem Bedürfnis nach Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie Rechnung getragen habe, und daß infolgedessen der große Kreis der Anhänger der Rechte nur in Betracht kommen solle, wenn alle Stände der Linien erkennen. Sofern aber, Dr. Marx „große positive staatspolitische Arbeit“ leisten wolle, dann sei das nur möglich, wenn die Deutschnationalen an der Regierung beteiligt wären.

Die Deutsche Tageszeitung wirkt aus dem Bestreben, unbedingt dabei zu bleiben, nachzugehen auf die Deutschnationalen Kreise ein, während die Kreuzzeitung, das Organ des Grafen Westarp, des Führers der Konservativen, ihre Zügel schlenken läßt. Die beiden Zwickel dienen hauptsächlich die Kriegsschuldfrage, die Dr. Marx in Offenbarungen die Deutschnationalen hatte in einem besonderen Blatt, die Passagen der Offenbarungen zu klären und unterstreichen. Das ruft nunmehr die Kreuzzeitung auf den Plan, die nicht nur gegen die Rede des Kanzlers, sondern auch gegen die Interpretation der Germania polemisiert. Dr. Marx hatte ausgeführt, daß die Kriegsschuldfrage, lediglich vom Standpunkt der Moral und der Ehre aus zu betrachten sei. Er stellte weiterhin fest, daß der Kampf um die Lösung dieser Frage kein weltliches Mittel sei, durch das sich das Reich irgendwelchen Verpflichtungen materieller Art entziehen wolle. Das ist der entscheidende Faktor in der Erörterung dieses Problems und auf Grund dieser Interpretation hat die Rede des Kanzlers selbst in der französischen Presse ein durchaus nicht aufseitig ablehnendes Echo gefunden. Der Matin erklärt, um nur einige Beispiele herauszugreifen, daß Marx die Frage der Kriegsverantwortlichkeit in einer Weise erörtert habe, wie sie mit unbedingter Notwendigkeit eines Tages ein Staatsmann wird erörtern müssen. Er weist im Besonderen darauf hin, daß der Reichskanzler ausdrücklich anerkannt habe, daß sich das Reich durch diese Erörterung keinen materiellen Verpflichtungen zu entziehen wolle. Auch der Temps erklärt, daß niemand in die Aufregung des Kanzlers verfallen könne. Das offizielle Organ des Quai d'Orsay aber verweist auf die Interpretationen, die die Marxrede in der deutschen Reichspresse gefunden habe.

Die Kreuzzeitung ist demnach ebenfalls bemüht, diesen Verurteilungen des Temps gerecht zu werden. In ihrer Polemik gegen die Germania wird im Organ des Grafen Westarp gesagt, daß die Begründung, wie sie Marx gegeben habe, nichts mehr als ein hilfloses Schlagwort sei, denn eine Wiederherstellung von Moral und Ehre tritt dem faktisch und praktisch erst dann in Erscheinung, wenn auch die politischen Folgen beseitigt sind, die eine falsche Beurteilung unserer vermeintlichen Kriegsschuld nach sich gezogen haben.

Die Germania hatte bemerkt, daß eine gewisse deutsche Mittel- und vorwiegend am Kriegsausbruch, nicht zu leugnen sei. Schon das hat die Kreuzzeitung, bedenklich, pollemt. Dies, um so mehr, als jetzt das Organ des Reichsanwalts, die Tagliche Rundschau, in die Kerbe der Germania gehauen habe. Die Tagliche Rundschau zitiert die Reichstagsrede Dr. Strommann vom 11. Juni 1924; in der sich der Außenminister gegen die Kriegsschuldfrage wendet, aber, so führt er wörtlich fort, ich bin niemals so leicht gewesen, anzunehmen, daß die Erledigung dieser Frage, zugleich die Art der Lösung Frage sei. Das, aber, ist der springende Punkt. Die Deutschnationalen weigern sich, grundsätzlich den Verpflichtungen der Beiträge zu entsprechen, d. h. festlich nur in der Legation; denn praktisch haben die Westparteien den entscheidenden Maßnahmen auf diesem Gebiete geteufelt zugestimmt.

Dafür heißt für die Deutschnationalen die Hauptgesicht. Der Reichskanzler hat ihnen ihre demagogischen Wählreden durchkreuzt. Die demokratische Presse hofft, daß damit der Weimarer Koalition die Wege geebnet würden. Das freilich hängt nicht von schönen Reden ab, die der Reichskanzler hält, sondern von der Stärke des rechten Flügel in der Zentrumspartei, der, wie genigam erörtert wurde, unter Führung des deutschen Seipel, des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, steht.

Werkwürdig ist eine Äußerung, die der Königlich Volkszeitung aus „parlamentarischen Kreisen“ übermittelt wurde; in der es heißt, daß nichts verfehlter wäre, und auch nichts gefährlicher, als die Meinung, das Schicksal müsse unter allen Umständen fest zu bestimmen. Das Zentrum könnte warten. „Besser vorläufige Reichsschuld als ein schlechtes, das für das deutsche Volk, keine Arbeit und keine Schule ein Unglück sein würde.“ In diesem Sinne begehrt sich das rheinische Zentrumblatt mit der Deutschen Tageszeitung, dem linken Flügel der Deutschnationalen, das gleichermäßen sagt, eine Schulamparade werde bei den nächsten Wahlen nicht ohne Eindruck bleiben.

Das Ziel dieser Erwägungen greift den Ereignissen weit voraus. Die Deutschnationalen, wie auch der rechte Flügel der Zentrumspartei, glauben in erster Weiderbestimmung, daß das Reichsschuldfrage unter Umständen, als Mittel für die Verbeibaltung des Reichsbürgerblods nach den vollzogenen Wahlen dienen könne.

## Wahltag der englischen Arbeiterpartei

In ganz England, mit Ausnahme des Kreises London, fanden am 1. November die Neuwahlen für ein Drittel der Stadträte statt. Sie bedeuten nach den bisher eingelaufenen Meldungen einen großen Erfolg der englischen Arbeiterpartei. Die vorliegenden Berichte lauten:

III London, 2. November.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Provinzial- und Gemeinderatswahlen in England und Wales zeigen ein außerordentlich günstiges Abschneiden der Arbeiterpartei. Nach dem Mittelnacht verfügbaren Zahlen ist der Stand der Parteien folgender: Konservativ Gewinn 7, Verlust 70, Liberale Gewinn 12, Verlust 33, Arbeitliche Partei Gewinn 109, Verlust 12, Unabhängige Gewinn 16, Verlust 25.

WLB London, 2. November (1.20 Uhr morgens).

Nach den letzten Ergebnissen der Gemeinderatswahlen ergab die Arbeiterpartei einen Gewinn von 17 Sitzen, der Liberale 21 und der Unabhängigen 9.

Offiziell in Lissabon. Auf den Chies der portugiesischen Staatsdruckerei in Lissabon ein Attentat verübt worden, an dessen Folgen er verstorben ist. Die Lissaboner Polizei hat angeblich eine kommunistische Organisation entdeckt, die sich mit der Herstellung von Bomben beschäftigte. Zwei Personen wurden verhaftet.